

Pressespiegel



Bruchsal

BNN Bruchsal ☐
BNN Bretten ☐
BNN Kreisseite ☐
Brettener Woche ☐
Kurier ☐
www.ka-news.de ☐
www.bruchsal-net.de ☐

Pforzheimer Zeitung ☐
Mühlacker Tageblatt ☐
Handelsblatt ☐
IHK ☐
Wochenblatt ☐
www.buchsal-xl.de ☐

Bruchsal NET ☒

Datum: 4.07.2009

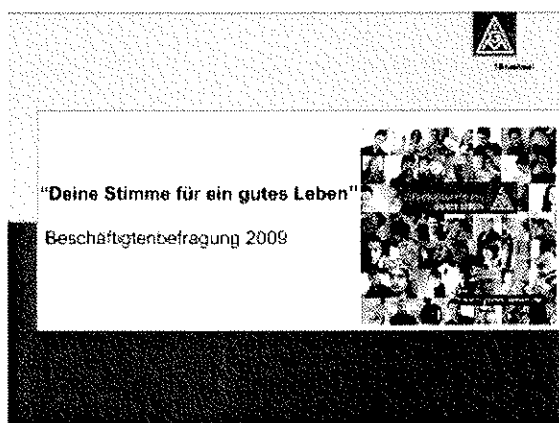
Montag, 06.07.2009

IG Metall Bruchsal

IG Metall-Umfrage in den Betrieben abgeschlossen

Große Beteiligung

Mehr als 3.200 Menschen fordern „Macht Politik für die Mehrheit der Menschen“



Bruchsal, Bretten, Maulbronn. Die IG Metall hat im Rahmen der Kampagne „Gemeinsam für ein gutes Leben“ die größte Beschäftigtenbefragung, die eine Gewerkschaft je durchgeführt hat, abgeschlossen. Mehr als 450 000 Menschen haben sich von April bis Juni bundesweit beteiligt. „Die Menschen haben eine klare Vorstellung, was ihnen wichtig ist und was sich in Deutschland ändern muss“, sagte der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Eberhard Schneider am Freitag in Bruchsal. Das Ergebnis zeige eindeutig: Selten war die Politik so weit von den Erwartungen der Menschen entfernt. „So wenig Zutrauen die Menschen in die Politik

haben, so sehr vertrauen sie darauf, dass die IG Metall ihren Ängsten und Sorgen, aber auch ihren Anforderungen an die Politik eine unüberhörbare Stimme verleiht. Sie fordern von der Politik nachhaltige Entscheidungen für die Mehrheit der Menschen. Die Befragten wollen sichere Arbeitsplätze mit fairen Bedingungen, eine gerechte Gesellschaft, in der sich Arbeit und Leben besser miteinander vereinbaren lassen. Ebenso wichtig ist ihnen eine gute Zukunft für ihre Kinder und dass sie im Alter sorgenfrei leben können.“

Die Befragung sei kein Selbstzweck, betonte Schneider. Die IG Metall werde die Bundestagskandidaten und Parteienvertreter im Einzugsbereich der Verwaltungsstelle mit den Ergebnissen konfrontieren und auffordern: „Macht Politik für die Mehrheit der Menschen! Wir werden die Parteien fragen, was ändert ihr nach der Bundestagswahl am 27. September?“ Viel zu lang schon orientiere sich die Politik an den Interessen der Banken und der Wirtschaft. Die aktuelle Krise zeige deutlich, dass zugunsten der Gier einiger Weniger immer noch die Kerninteressen der Menschen geopfert würden. Dem stelle die IG Metall mit der Kampagne „Gemeinsam für ein gutes Leben“ ein neues Politikmodell entgegen. „Die zentralen Interessen der Menschen müssen wieder Grundlage für politische Entscheidungen werden“, sagte Schneider. An der Befragung haben sich fast alle Betriebe beteiligt. Insgesamt wurden über 3.200 Fragebogen von den Beschäftigten ausgefüllt.

Die IG Metall spendet pro ausgefülltem Fragebogen einen Euro an wohltätige Organisationen. Die IGM Verwaltungsstelle hat sich entschlossen, mit der Aktion den Bruchsaler Tafelladen und den Brettener Tafel finanziell unter die Arme zu greifen. „Wir unterstützen diese Einrichtungen, weil sie sich um Menschen kümmern, die wegen ihrer Arbeitslosigkeit und ihrer Bedürftigkeit im weiteren Sinne kein gutes Leben haben“, erklärt Eberhard Schneider

Bei der Befragung standen die Themen Arbeit und Einkommen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf,

Bildung, Mitbestimmung, Mindestlohn und Leiharbeit im Vordergrund. „Die vielen Gespräche in den Betrieben, auf der Straße und bei Aktionen haben gezeigt: Wir haben die richtigen Fragen gestellt, wir sind nah dran an den Menschen und legitimiert, für sie zu sprechen“, sagte Schneider

Die Ergebnisse der Befragung belegen, wie wichtig es den Menschen ist, dass es gerecht zugeht in der Gesellschaft. Die materielle Sicherheit bei Arbeitslosigkeit und Krankheit (79 Prozent) und die Einführung von Mindestlöhnen (78 Prozent) stehen dabei im Vordergrund. Und für 72 Prozent der Befragten gehört dazu eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte. Zugleich ist für die Menschen sichere und faire Arbeit von hoher Wichtigkeit. 89 Prozent der Befragten fordern einen sicheren Arbeitsplatz und ein Einkommen, von dem man gut leben kann (83 Prozent). Bei Leiharbeit fordern 77 Prozent gleiches Geld für gleiche Arbeit.

Zugleich hat Sicherheit im Alter einen hohen Stellenwert. 81 Prozent der Befragten erteilen der Rente mit 67 eine klare Absage. 73 Prozent fordern eine gerechte Rentenversicherung, in die auch Selbstständige und Beamte einzahlen sollen. Außerdem ist den Menschen wichtig, Arbeit und Leben besser miteinander vereinbaren zu können. Abgesichert sein, eine Zukunft planen können, das wollen 80 Prozent der Befragten. 77 Prozent fordern ausreichend Zeit für Familie und private Interessen, 62 Prozent vermissen eine Verbesserung der Kinderbetreuung. Und sie wollen eine gute Zukunft für ihre Kinder: Dazu gehört für 74 Prozent die Pflicht der Unternehmen, ausreichend qualifizierte Ausbildungsplätze zu schaffen. 71 Prozent fordern eine bessere Ausstattung von Kindergärten, Schulen und Hochschulen und 70 Prozent wollen eine gerechtere Verteilung von Bildungschancen. Auch Umweltschutz ist ein Thema. Hier fordern 60 Prozent der Befragten deutliche Verbesserungen.